

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1925

244 (21.10.1925) Badischer Zentralanzeiger für Beamte Nr. 42

Badischer Zentralanzeiger für Beamte

Anzeigebblatt für die sozialen und wirtschaftlichen Bedürfnisse der Beamten / Beilage zur Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger
Organ verschiedener Beamten-Vereinigungen

Nr. 42 Preis: Erscheint jeden Mittwoch und kann einzeln für 10 Goldpfennig für jede Ausgabe, monatlich für 60 Goldpfennig zusätzlich Porto vom Verlage Karlsruhe i. B.,
Karlriedelstraße 14, bezogen werden. 21. Oktober 1925

Aus dem Hauptbeamten- ausschuß beim IRPM

Auslegung des § 25 des Erlasses über Bildung und Auf-
gaben der Beamtenauschüsse. Der Vorsitzende eines Postamts
hatte beantragt, auch an den engeren Sitzungen des ört-
lichen Ausschusses teilzunehmen oder sich vertreten zu lassen.
Die Beschwerde des Bezirksbeamtenauschusses bei der zustän-
digen OBD war vergeblich; die OBD trat der Auffassung
des Amtsvorstehers bei. Vom Geschäftsführenden Ausschuß
des IRPM, an den die Angelegenheit herangetragen war, wurde be-
schlossen, in einer Eingabe das IRPM um Aufhebung der Ent-
scheidung der OBD zu ersuchen, da sie dem klaren Sinne der
Bestimmung widerspricht.

**Pauschalgebühren für die Beschaffung von Amtsbedürfnissen
durch Amtsvorsteher.** Der GA gab den Antrag eines Amts-
vorstehers aus der Gruppe V und durch weibliche Beamte
allgemein ausgesprochen. Er schlug vor, in den Fällen, wo
Beamte der Gruppen VI und VII beim Postamt nicht vor-
handen sind, Beamte dieser Gruppen von anderen Postämtern
zur Vertretung heranzuziehen. Besonders sollten solche Be-
amte in Frage kommen, die sich um Amtsbedürfnisse be-
mühen. Der GA beschloß nach längerer Aussprache, die übri-
gen Amtsvorsteherauschnisse in der Sache zu hören und sie
weiter zu befragen, ob eine allgemeine Regelung überhaupt
notwendig erscheint.

Beschaffung von Fahrrädern für Postbeamte. Von einem
Bezirksbeamtenauschuß lag der Antrag vor, dafür einzutret-
en, daß auch den Postbeamten die Beschaffung von Fahr-
rädern in der gleichen Weise wie den Beamten der Telegra-
phenbauämter ermöglicht werde. Bei der Behandlung des An-
trags kam zur Sprache, daß das IRPM eine Organisation
erst kürzlich der Bescheid erteilt habe, daß die Ausdehnung
der Maßnahme auf andere Beamte nicht in Frage komme.
Mit Rücksicht hierauf wurde beschlossen, die Angelegenheit vor-
läufig zu verlagern.

Überwachung der Bahnpostbeamten. An den GA gelangte
Klagen über die Art der Ausführung der Pf. des IRPM vom
6. Mai 1924 (Durchsuchung der Reisetassen usw. der Bahn-
postbeamten) veranlaßten den GA, neuerdings zu einer ein-
gehenden Erörterung dieser Frage. Dabei wurden auch von
beteiligten Seite vorgelegte Rechtsgutachten als Material be-
nutzt. Die Aussprache führte zu dem Beschluß, die Ange-
legenheit mündlich mit dem IRPM zu behandeln und zu er-
rechen zu suchen, daß die Durchsuchungen nur durch Beamte
des vorgelegten Amtes unter Einwirkung des OBD vor-
genommen werden.

Zu den Darlegungen des GA. führte der Vertreter des
IRPM folgendes aus: Bei den Untersuchungen handelt es sich
um Maßnahmen, zu welchen die Verwaltung durch die
Verhältnisse gezwungen wurde. Sie haben den Erfolg gehabt,
daß die Zahl der Paketverluste stark zurückgegangen ist;
der Friedensstand ist aber noch nicht erreicht. Auch die Zahl
der Briefverluste ist verhältnismäßig hoch. Die Verwaltung
muß mit allen Mitteln dagegen vorgehen. Selbstverständlich
soll tatvoll vorgegangen werden. Bedauerlicherweise sind
Übergriffe vorgekommen. Was die rechtliche Seite der An-
gelegenheit anbetrifft, so dürfen förmliche Durchsuchungen
nur vorgenommen werden, wenn die Voraussetzungen nach
der Strafprozessordnung vorliegen. Im übrigen ist der
Standpunkt des IRPM folgender: ein Beamter muß sich
auch ohne besonderen Verdacht — gefallen lassen, daß die ihm
amtliche Geheiß zur Verfügung gestellten Gegenstände (Kleider-
schilde usw.) oder die von ihm mitgebrachten Behälter usw.
einer Durchsuchung unterzogen werden. Das gehört zur Auf-
rechterhaltung der Dienstzucht. Der Begriff des Verdachtes
ist sehr unbestimmt. Es wird immer auf das Ermessen des
durchsuchenden Beamten — auch bei den Überwachungsbeam-
ten — ankommen. Die Durchsuchungen sollen natürlich in
vernünftiger Weise vorgenommen werden, wie das früher
ohne Beanstandung auch geschehen ist. Die Untersuchungen
durch das vorgelegte Amt werden nicht immer zweckmäßig
und meist nicht erfolgreich sein, weil fast jedes Amt das eigene
Personal für einwandfrei hält. Die Beamten der Überwa-
chung haben sich dagegen zu Spezialisten ausgebildet und sind
daher zur Ermittlung ungetreuer Beamten viel geeigneter.
Ein Verdacht auf die Überwachung ist nicht möglich. Wenn
die Verlustfälle auf den Friedensstand zurückgebracht sein
werden, kann eine Einschränkung der Überwachungsstellen in
Rücksicht gestellt werden. Die Veranlassung des örtlichen Aus-
schusses ist nicht immer möglich, das verbietet oft die Um-
stände. Die Eisenbahn hat ganz bedeutend mehr Überwa-
chungsbeamte als die Deutsche Reichspost, die Durchsuchungen
halten sich bei uns also in engen Grenzen. Der Referent
machte dann noch nähere Mitteilungen über die Art und den
Umfang der vorkommenden Verlustfälle, Defekte usw.

Von den Mitgliedern des GA. wurde auf die Ausführungen
des Vertreters des IRPM erwidert, daß die Verwaltung selbst-
verständlich verpflichtet sei, für die Sicherheit der ihr anver-
trauten Sendungen zu sorgen, andererseits müsse aber auch
das treue Personal gegen unbegründete Verdächtigungen und
Misshandlungen geschützt und das Ehrgefühl gewahrt werden. Wei-
ter wurde darauf hingewiesen, daß Krieg, Inflation, schlechte
Bezahlung und die Helferwirtschaft viel zu den bedauerlichen
Verlustfällen beigetragen haben. Ferner wurde nochmals
in Erwägung darüber eingetreten, ob nicht zur Vermeidung
einer unrichtigen Behandlung der Beamten bei der Kon-
trolle davon ausgegangen werden könnte, ob die erlaubte
Menge von Lebensmitteln nicht überschritten wird. Dann
würde bei Ausübung der Kontrolle durch Amts- und Stellen-
vorsteher usw. das kriminelle Moment ausgeschaltet und die
Kontrolle beschränkt. Ergeben sich bei der Kontrolle Ver-
dachtsgründe, dann könnte die Überwachung eintreten. Der
Referent erklärte ein derartiges Vorgehen nicht für ausrei-
chend. Nach weiterer Aussprache wurde zum Schluß von dem
Vertreter des IRPM die Erklärung abgegeben, daß 1. das
Bestreben der Überwachungsstellen nicht weiter ausgebaut wer-
den soll; 2. in Aussicht genommen werden kann, die Kontrolle
in Bahnposten des vorgelegten Bahnpostenämtern zu über-
nehmen, wenn im Jahre 1925 die Verlustziffer merklich ab-
nimmt.

Zum Preisausschreiben für die wirt- schaftliche Gestaltung der öffentlichen Verwaltung

Zu dem in der letzten Nummer des Zentralanzeigers be-
launten Preisausschreiben für Vorschläge zu einer
wirtschaftlicheren Gestaltung der öffentlichen Verwaltung sind
einige Gedanken geäußert worden, die hier Raum finden
sollen.

Mancherorts steigen Zweifel über den Erfolg des Preisaus-
schreibens auf wegen der Größe der Aufgabe, an die heran-
zutreten ist und diesen oder jenen etwas abschrecken wird.
Sollen doch nicht nur die Verhältnisse des Reiches, sondern
auch der Länder, der Gemeinden, Verbände und sonstiger
öffentlich-rechtlicher Verbände untersucht werden, eine Auf-
gabe, die nur Männer lösen können, die selbst auf hoher
Warte in leitenden Stellungen gestanden und sich bewährt
haben. Auch zeitlich scheint die Lösung der Preisfrage fast
unmöglich. Erst allmählich ist das Preisausschreiben bekannt
und in der Fachpresse aufgenommen worden. Viele Beamte
haben erst nach Rücksicht aus dem Urlaub, also vor wenigen
Wochen, davon Kenntnis bekommen. Einreichungstermin ist
aber schon der 15. November 1925. Auch aus diesem Grunde
werden viele sich nur auf Vorschläge für ein Teilgebiet be-
schränken müssen.

Dazu kommt weiter noch die Gefahr, daß dieselbe Arbeit,
vielleicht viel besser, schon anderwärts getan sei, ja daß durch
die Arbeiten des Reichspostkommissars manche Gebiete schon
behandelt sind und daher eine Doppelarbeit geleistet werde.
Die Ergebnisse seiner Tätigkeit sind noch zu wenig an die
Öffentlichkeit gedrungen; sie sollten in einer Zeitschrift zu-
sammengefaßt erst einmal weiteren Kreisen bekanntgemacht
werden.

Minister Dr. Stingl über Modernisierung der Reichspostverwaltung

Reichspostminister Dr. Stingl machte anlässlich der in der
Berliner Universität am 6. 9. 25 veranstalteten 4. Post- und
Telegraphenwissenschaftlichen Woche folgende Ausführungen:
Die deutsche Reichspost befindet sich seit dem Inkrafttreten
des Reichspostfinanzgesetzes in einer grundlegenden Um-
stellung in formeller und sachlicher Beziehung. Vom 1. April
1925 ab ist der Vorschlag und die Rechnungsführung so
eingeschränkt, wie es für ein nach kaufmännisch-wirtschaftlichen
Grundsätzen zu führendes Reichsunternehmen überhaupt
möglich ist. Der Beginn eines zweiten großen Abschnittes
der Umgestaltung der Reichspost ist in den Richtlinien des
neuen Wirtschaftserlasses niedergelegt. Unser Ziel ist eine
Modernisierung der ganzen Reichspost und ihrer Verwal-
tungs- und Betriebsrichtungen. Das gesamte Personal
soll mit zeitgemäßen Wirtschaftsgewissen erfüllt werden. Die
Post soll Helferin für Wirtschaft und Verkehr sein. Es gilt,
noch tiefer einzudringen in die wirtschafts- und finanzpoli-
tischen Zusammenhänge zwischen der Reichspost und ihrem
Kundenkreis, der allgemeinen Wirtschaft. Als ein Mittel zur
Vervollkommenung dieser Kenntnisse sind die **postalischen
Fortbildungswochen** anzusehen. Der Verwaltungsakademie
Berlin gebührt Dank, daß sie mit unermüdlicher Kraft in
voller Wertung der in einem geistigen und hochstehenden
Verwaltungsamt ruhenden Kräfte die Wege ebnet, um
der Postbeamtenschaft in ihren freiwilligen Fortbildungsbe-
strebungen Hilfe zu leisten. Darauf hielt Staatssekretär
Sautter die erste Vorlesung über „Weltwirtschaftliche Probleme
der Deutschen Reichspost“, wobei er in besonderer Weise die
Verkehrspolitik, Verkehrsednnt, Exploitation, sowie auf die
Frage des weltwirtschaftlichen Betriebsdienstes und der all-
gemeinen Verwaltung näher einging.

Behandlung der Personalangelegenheiten

Dem Amtsblatt der Reichspostverwaltung Nr. 29 ent-
nehmen wir folgenden Erlass des Reichsfinanzministers vom
6. 8. 1925 Nr. III P 17166/II A 13240:

Wir sind Mitteilungen zugegangen, die mir die Annahme
nahelegen, daß nicht immer allen Beamten die von ihnen er-
strebte Gelegenheit gegeben wird, persönliche Dienstangelegen-
heiten bei ihren höchsten Dienstvorgesetzten des Landesfinanz-
amtes zur Sprache zu bringen. Das würde nicht meiner
Auffassung von der Behandlung der Personalangelegenheiten
entsprechen. Ich lege den größten Wert darauf, daß das
Vertrauen der Beamten in die mit der Leitung ihrer
dienstlichen Geschäfte betrauten Stellen ständig befestigt
wird. Dazu ist kein Mittel besser geeignet, als in den Be-
amten das Bewußtsein lebendig zu erhalten, daß sie jederzeit
Gelegenheit haben, ihre persönlichen Interessen auch bei den
leitenden Beamten des Landesfinanzamtes in persönlichem
Vortrag zur Geltung zu bringen. Es sollte daher keinem
Beamten die Möglichkeit genommen oder beschränkt werden,
— solange er keinen unzulässigen Gebrauch von diesem Rechte
macht — seine Anregungen, Wünsche, Klagen und Be-
schwerden dem Abteilungsleiter und dem Präsidenten des
Landesfinanzamtes vorzutragen.

Ich erlaube ergebnislos zu veranlassen, daß dieser Auf-
fassung Rechnung getragen wird. Ein persönlicher, auf
gegenseitigem Vertrauen getragener Verkehr wird wesent-
lich dazu beitragen, Schwierigkeiten auf dem Gebiet der Per-
sonalverwaltung zu beseitigen und Verwaltungsbeschwerden
zu vermeiden oder sie einfach und zweckmäßig zu erledigen.

Kampf der Reichsregierung gegen Kartellauswüchse

Nach fruchtlosem Verlauf mehrerer Beratungen mit einer
Reihe von Verbänden hat sich die Reichsregierung zu schär-
ferem Vorgehen gegen mehrere Preisstacheln und Kartell-
verbände entschlossen und Klagen beim Kartellgericht eingereicht.
Die Klagen richten sich gegen den Verein Deutscher Wol-
lammereien und Kammgarnspinnereien, Berlin, den Verband
sächsisch-thüringischer Webereien in Greiz, den Verband Deut-
scher Heremwäschefabrikanten in Berlin, den Verband der
Großhändler bunter Webstoffe und Reinewaren, Berlin, und
schließlich gegen den Verband der Nordwestdeutschen Baum-
wollwaren-Werkstätten, Berlin. Die Regierung geht also auf
den ganzen vertikalen Linie der Textilindustrie vor. Es han-
delt sich vor allem um die Frage, ob im inländischen Waren-
verkehr noch in Valuta fakturiert werden darf oder ob dies

in Goldmark geschehen soll. Eigenartig ist, daß mehrere Ver-
bände schon bei der bloßen Anfrage der Reichsregierung ge-
neigt waren, ihre Bedingungen im Sinne des Vorgehens der
Reichsregierung abzuändern.

Die Gewährung von Notstandsbeihilfen an Beamte

In einer kleinen Anfrage der Zentrumspartei im Preu-
ßischen Landtag wurde zur Sprache gebracht, daß in den Rich-
linien des Reichsfinanzministeriums über die Gewährung von
Notstandsbeihilfen an durch Krankheit und Tod in Not ge-
ratene Beamte ausdrücklich gesagt sei, daß Erträge aus
privaten Einrichtungen bei Bemessung von Notstandsbeihilfen
nicht in Betracht gezogen werden. Nunmehr sei aber am
15. Juni dieses Jahres ein Erlass des Reichsfinanzministers
ergangen, demzufolge auch die Erträge aus privater Ver-
sicherung vom Antragsteller angegeben und bei Bemessung der
Notstandsbeihilfen berücksichtigt werden sollen. Die Verpflich-
tung zu dieser Angabe bedeute bei der heutigen allgemeinen
wirtschaftlichen Notlage der Beamten eine große Gefahr für
Versicherungen, und der Erlass werde von der Beamtenchaft
empfohlen als eine Maßnahme zur Vernichtung der Vereins-
wahlfahrtseinrichtungen und der privaten Versicherungen.
Das Staatsministerium wurde gefragt, ob es bereit sei, auf
die Reichsregierung einzuwirken, daß der Erlass des Reichs-
finanzministers vom 15. Juni dieses Jahres aufgehoben werde,
und dafür zu sorgen, daß in die preußischen Vorschriften zur
Gewährung von Notstandsbeihilfen diese Bestimmung nicht
aufgenommen werde. Der Finanzminister beantwortete die
Anfrage wie folgt:

„Die preußischen Grundsätze über die Gewährung von Not-
standsbeihilfen stimmen im wesentlichen mit den für Reichs-
beamte aufgestellten Richtlinien überein. Wegen Berücksich-
tigung der Erträge aus privaten Versicherungseinrichtun-
gen bei Bemessung der Notstandsbeihilfe enthalten auch die
preußischen Grundsätze über die Gewährung von Notstands-
beihilfen vom 28. März 1925 in Ziffer 6 Abs. 4 folgende Be-
stimmung: „Bei der Bemessung der Notstandsbeihilfe sind
etwa bewilligte Gnadenbezüge in Betracht zu ziehen, ferner
der Nachlaß, soweit seine Veranlassung der Billigkeit ent-
spricht, Privateinkommen, dienstliche Nebenbezüge und die nicht
in Abzug zu bringenden Erträge aus privaten Versiche-
rungseinrichtungen. Die im letzten Jahre gezahlten Beiträge
zur privaten Versicherung sind den in Betracht kommenden
tatsächlichen Aufwendungen hinzuzurechnen. Die Notstands-
beihilfe darf aber nicht dazu führen, daß der Beamte mehr
erhält, als er wirklich an Unkosten aufgebracht hat.“ Die An-
rechnung der Versicherungsleistungen erfolgt hiernach nur in
soweit, als diese zusätzlich der auf einen bestimmten Sunder-
fall bemessenen Notstandsbeihilfe die dem Beamten tatsächlich
entstandenen beihilfefähigen Unkosten unter Hinzurechnung
der im letzten Jahre gezahlten Beiträge zur privaten Ver-
sicherung übersteigen. Beim Eintritt eines Notstandes sind
somit die versicherten Beamten gegenüber den nicht ver-
sicherten immer noch im Vorteil. Außerdem erwerben sie
durch die Zahlung von Krankentagebeträgen auch einen
rechtlichen Anspruch auf die Leistungen der Versicherung.“

Nachklang zur Beamtenversammlung am 12. Oktober d. J. in Karlsruhe

Die in Karlsruhe abgehaltene Beamtenversammlung
ist vorüber, die Zeitungen haben der Pflicht des Chronisten
genügt, über den äußeren Verlauf und die dabei gefasste
Entscheidung zu berichten. Es ist aber vielleicht doch an
Platz, auch einige Wahrnehmungen festzuhalten, die sich dem
Teilnehmer bei nüchterner Betrachtung der Dinge förmlich
aufgedrängt haben.

Einmal die Zusammenfassung der Versammlung. Die
Mehrzahl der Teilnehmer gehörte den Kreisen aus den un-
teren Befoldungsgruppen und der Pensionäre an. Sie leihen
zweifellos am meisten unter der Niedrighaltung der Be-
foldungsbezüge. In ihren Reihen beginnt sich seit geraumer
Zeit angeichts der schroff ablehnenden Haltung der Reichs-
regierung ein Radikalismus und Fatalismus Platz zu grei-
fen, der verhängnisvoll werden kann. Entsprechend der Ohn-
macht, in die diese Gruppen gedrängt sind, äußert sich ihre
Abwehr in dem ihnen aufgezwungenen Kampf um die
Lebensnotwendigkeiten immer mehr in einer fast feindseligen
Haltung gegen alles, was sowohl für wie gegen sie unter-
nommen wird. Ob Freunde der neuen Staatsverfassung aus
solcher Gesinnung erwachsen, man möchte es bezweifeln.
Daher aus den mittleren und höheren Beamtenkreisen Teil-
nehmer in verhältnismäßig geringerer Zahl sich eingefunden
haben, kann — abgesehen von den Organisations-Deutungen
des höheren Beamten — dahin abgeleitet werden, daß in
diesen Kreisen die Not nicht gar so stark auf den Nägeln
brennt und daß da und dort in diesen Schichten die „beha-
gliche Ruhe“ dem Treiben einer Protestversammlung vorgezogen
wird. Doch wäre es verfehlt, aus der geringeren Beteili-
gung dieser Beamtengruppen den Schluß zu ziehen, es
herrsche unter ihnen jonnige Zufriedenheit über ihre Be-
foldungsverhältnisse. Die auch aus den Verbänden dieser
Gruppen in Eingaben hervortretenden Wünsche reden eine
deutliche Sprache darüber, daß noch eine Menge von Härten
und Ungleichheiten der Verteilung harren.

Von den beiden Referaten des Abends bedeuteten die Aus-
führungen des zweiten Redners eine Abwägung in der
Gesamtentwicklung der Versammlung. „Die Gesellschaft macht
doch, was sie will“ oder „einmal hört die Gemütlichkeit auf“,
das sind recht gemeinplätzig Redensarten, mit denen die
berechtigten Ansprüche der Beamtenchaft gewiß nicht vor-
wärts gebracht werden, die auch unter den maßgebenden
Personen keinerlei Eindruck machen werden.

Gerade nicht besonders erfreulich war die Haltung ein-
zelner Versammlungsteilnehmer, die in der Diskussion schon
gleich zu Anfang mit unziemlichen Zwischenrufen hörten.
Parlamentarier sind gewiß an Zwischenrufe gewöhnt und
nehmen solche, wenn etwas Geist oder Witz in denselben
liegt, gewöhnlich gern auf; sofern die Zwischenrufe eine ge-
wisse Pointe vermissen lassen oder gar, wie man sich an
jenem Montagabend des Eindrucks nicht erwehren konnte,
abgeschmackter Natur sind und niederen Bemühungen ent-
sprangen, drücken sie das Niveau der Versammlung herunter.
Zur Ehre vieler Versammlungsteilnehmer kann gesagt wer-
den, daß jene Zwischenrufe größtenteils als Entgleisungen
aufgefaßt wurden; man wird sie lediglich als Ausfluß einer
gereizten Stimmung hinnehmen müssen.

Was der Beamte für Familie u. Haushalt benötigt

Pianos Besuchen Sie mein Lager und Sie werden staunen über Preis und Qualität Teilzahlung gestattet 480

Sprechapparate **G. Kunz** KARLSRUHE Kronenstr. 10

Karlsruher Lebensversicherungsbank A.-G.
Versicherungsbestand Herbst 1925: Mehr als 250 Millionen Mark

Kunsthandlung Wandschmuck für jeden Geschmack in reichster Auswahl

MOOS KAISERSTR. Nr. 187 Eigene Werkstätte für TELEPHON Nr. 994 Einrahmungen

Nur noch Philippstr. 19 (Keinen Laden mehr) ist das seit 25 Jahren bestehende

Möbel- u. Betten-Haus Heinrich Karrer
Straßenbahnlinie 1 und 2
Eigene Schreinerei und Polsterwerkstätte
Kein Laden — daher billige Preise
Große Auswahl in Qualitätsmöbel aller Art
Zahlungs-Erleichterung
Bitte genau auf die Firma zu achten

Karlsruhe - Mühlburg

SINGER NÄHMASCHINEN
Erleichterte Zahlungsbedingungen 479
Ersatzteile - Nadeln - Oel - Garn - Reparaturen
SINGER CO. KARLSRUHE
Nähmaschinen Act-Ges. Kaiserstr. 124

Das **Tapeten-Haus** von **Rieger & Matthes Nchf.**
Kaiserstraße 186 KARLSRUHE Fernruf 1700
empfiehlt sein reichhaltiges Lager in den neuesten Mustern
Spezialität: **Stil- und Künstler-Tapeten**
Muster stehen gerne zur Verfügung

Möbel Speisezimmer Herrenzimmer Schlafzimmer Küchen
einzelne Möbelstücke
in bekannt großer Auswahl im Möbelhaus

Maijer Weinheimer
Karlsruhe Zahlungs-erleichterung. Kronenstr. 32
Kein Laden, daher billigste Preise

Umformen von Damen- und Herren-Hüten
nach den neuesten Modellen für Herbst und Winter
Hut-Reparaturgesch. **G. Burlefinger, vorm. Dickten**
Westendstraße 20b KARLSRUHE Telefon 860

Spenglers Geschichts-Philosophie
Eine Kritik
Von Prof. Dr. KARL SCHÜCK
Preis M. - 75
Verlag G. Braun, Karlsruhe i. B.

Bezugsquellen für den Bedarf der Behörden

Stempel-Herdle
Waldstr. 44 KARLSRUHE Telefon 1133
Kautschuk-, Metall- und Signier-Stempel, Email- u. Metallschilder
Sämtliche Stempelutensilien
Rascheste Lieferung
Laden: Kaiser-Allee 41. Telefon 3981

G. BRAUN KARLSRUHE
vormals G. Braunsche Holzbuchdruckerei und Verlag
Karlfriedrichstraße 14
Herstellung von Druckarbeiten
für staatliche und städtische Behörden

GEBRÜDER BACHERT
KARLSRUHE i. B.
Liststr. 5 Tel. 443
Glocken- und Metallgiesserei
Eisen- und Tempelgiesserei

Ed. Devrient zum Wenaufbau des Karlsruher Hofftheaters im Jahre 1852

Im Zusammenhange mit dem Wenaufbau, der jetzt vor meinen Augen am badischen Landestheater versucht wird, ist es sicherlich nicht ohne Interesse, — wenn auch aus geschichtlicher Distanz und unter wesentlich anderen Bedingungen — im Vergleich Eduard und Theresie Devrient's jene Stellen nachzulesen, die höchst lebendig und eindrucksvoll die Empfindungen und Absichten des damaligen Intendanten festhalten. Im Juli 1852 wurde Eduard Devrient, während seine Familie schon zum Sommeraufenthalte in das nahe Lösnitz gereist war, nach in Dresden durch den Besuch des badischen Gesandten in Berlin überrascht, der im Auftrage seines Hofes bei ihm anfragt, ob er nicht Direktor des Karlsruher Hoftheaters werden wolle, das mit der Eröffnung des neuen Schauspielhauses dem jetzigen Gebäude, das dann feierlich am 17. Mai 1853 eingeweiht wurde, auch innerlich neu organisiert werden sollte. Die Devrient dem Ruf folgte leistete, den er anfänglich überhaupt ablehnen wollte, da seine Annahme gleichzeitig Verzicht auf seine schauspielerische Tätigkeit bedeutete, machte er über Frankfurt und Mannheim eine Reise nach Karlsruhe, um sich an Ort und Stelle über die Verhältnisse zu orientieren. Die folgenden Bruchstücke sind den Briefen an seine Gemahlin entnommen, die er von Karlsruhe aus sehr ausführlich und regelmäßig über alles informierte, was seiner eigentlichen Ernennung voranging.

Karlsruhe, 16. August, abends.

Gegen 2 Uhr hier in Karlsruhe. Ja, etwas Neues hat die Stadt mit ihren breiten, langen, geraden Straßen, aber freundlich ist sie doch, und ein gewisses Behagen sieht wohl auch aus den weinlichen Häusern. An der Wiesstraße wenig Personen. Ich sah sie mit der Reihe nach an, ob es der Mühe wert sei, für die Leute Komödie zu bereiten, und schaute wie Maria Stuart: „o Gott, aus diesen Jüngen spricht kein Herz!“ Ich hatte mich dem Minister angekündigt, der mich um 4 Uhr erwartete. Ein diplomatisches Gesicht mit lnerer Sabichtsnase, etwas zu jung für sein weißes Haar. Er war höflich, aber reserviert, lehnt die Angelegenheit von sich ab, sprach sehr viel, besonders in Bewunderung des jungen Regenten (des späteren Großherzogs Friedrich I.), ich kam kaum dazu, ihm nachdrücklich darzulegen, wie ich die ganze Angelegenheit betrachte, und daß ich in Dresden erstaunlich zufrieden sei. Von da zum Domänenintendanten von Kettner, der vom Regenten speziell beauftragt ist. . . . Anfangs gingen wir umeinander herum, wie Fehder, die einander anzufragen suchen, keiner wollte zuerst mit der Sprache heraus, ich wollte eine Vorlage sehen, er wünschte, ich möchte Vorschläge machen. Endlich ging ich auf die Sache los und fand ihn überall meiner Ansicht. Der junge Regent will wirklich eine starke, sachverständige Direktion haben und die mit allem Nachdruck ausrüsten. Herr von Kettner löste mir das Rätsel aus der Notwendigkeit, die man erkannt habe, dem verwitterten Zustand, der hier eingerissen sei, ein Ende zu machen. Sie sind hier durch langen Schaden so klug geworden, es endlich einmal in rechter Weise versuchen zu wollen. . . .

Dienstag, den 17. August.

Meine Angelegenheit Ernennung, wie sie es alle nennen, alarmiert Hof und Stadt, man ist sehr neugierig, gespannt usw. Ich ging mit dem Intendanten ins Theaterbureau, der Kononierat, der jetzt die Dinge im Gang er-

hält, wurde mir präsentiert, ein bidlicher, unbedeutender Beamter, zwei Regisseure waren auch da, Kerle wie die Wanderschuhmacher. Alles trahfährte, und hinten und vorne ließ ich „Herr Direktor“. Anfangs verbat ich mir's, nachher mußte ich's, der Zeitersparnis wegen, gehen lassen. Ich ließ mir die Garderobe zeigen, weil die wie der Nähkäfig einer Dame ist, woran man sehen kann, ob sie ordentlich oder fiederlich wirtschaftet. Die Damengarderobe ärmlich, farg, aber gut in Ordnung, für die Garderobiere bin ich nun schon eingenommen. Die Männergarderobe ist nach dem Brande in interimsförmigen Kammern übereinander gestopft worden, und an dem ganzen Fedel ist auch nichts. Der Herr Rat ging immer mit, und strich die Lumpen heraus und meinte, wie viel Herrliches und Neues da sei, ich aber fragte die Schneider, und die großen schwäbischen Kerle sagten grad heraus, daß seit dem Brande „gaa nig“ gemacht worden sei, worauf dann der Herr Rat sich auf das Rettungsboot einer einzigen neuen Sammetjacke zurückzog, die für „Fra Diavolo“ kürzlich angefertigt worden. . . .

Nun ging's ins neue Theater. All das hat doch einen außerordentlichen Reiz, so vollständig neues Leben vor sich zu haben, das Atem und Bewegung verlangt. Denn neu muß hier alles werden, das sehe nicht nur ich, das sagt jedermann, vom untersten Subjekte bis zum Regenten hinauf. Eine Teufelsarbeit, aber wer's leisten kann, hat nachher wenigstens ein Stüchchen guten Bewußtseins davon. . . .

Abends 10 Uhr. Ich komme aus dem Theater, das seit dem Brande in einem Drogenhause aufgeschlagen ist. Ja, es sieht wüst mit dem Wesen hier aus. Dies Theater in Schid zu bringen, ist eine Arbeit wie Berge versetzen, es gehört viel gläubiges Vertrauen dazu. . . .

Karlsruhe, 20. 8. 1852.

Dieser Brief bekommt ein ganz anderes Gesicht als der letzte. Du wirst denken, ich habe meine Natur verändert und sei eine Windfahne geworden. Kannst Du Dir denken, daß ich von einem Prinzen entzückt bin? und fieh, ich bin es und behenne mich dazu. Heute früh kam noch ein Lafai mich einzuladen, um 10 Uhr fuhr ich hin. Was ist das für ein schöner, junger Mann, mit männlichen Zügen und rofiger Farbe und so hellen, blauen, treuen Augen, so freundlich, so bescheiden und doch so fest. Er wußte nicht genug von seiner Dankbarkeit zu sagen, daß ich gekommen sei und sprach über die Sache so verständig und so ohne alle die Präntenzen, die so bevorzugten Herren eigen zu sein pflegt, alles so gesund und so durch und durch vertrauenswürdig. Du kannst denken, daß ich mit ihm frei vom Herzen weg sprach, ihm geradezu sagte, daß die vielen Protektionen links und rechts, die übel angebrachte Güte und Gnade diese Auflösung der Theaterverhältnisse herbeigeführt habe, daß, wenn er nicht eine starke Direktion mache, wenn auch nur ein Schlupfwinkel gegen deren Autorität offen bliebe, seine ganze Absicht scheitern werde usw. Er versicherte dagegen, was nötig ist, hat mich jederzeit aufrechtig und unumwunden mit ihm zu sprechen, versicherte gern meine unmittelbaren Vorträge anzunehmen. . . . Ich verspare mir, Dir die Details mitzuteilen, wenn ich die Sache erst in der Hand habe. Nun aber mein Herz, was ist die Folge von alledem? Ich glaube, wir müssen hierherziehen. Wenn ich nur wüßte, Dir dies süddeutsche Potsdam annehmlich zu machen! Mir ist auch erschrecklich zu mut, wenn ich mir die Verwirklichung vorstelle: Dresden zu verlassen, mein liebes, heiteres, anmutiges, behagliches Dresden. Und doch, muß es nicht sein? Deut mittag habe ich den wicklichen Medalfleur der Landeszeitung kennen gelernt, Dr. Wolff. Er kennt alle Verhältnisse der Theater, auch die meingien, schlägt die Opfer hoch an, die ich mit meiner Hierherkunft brächte, aber meint, ich würde es tun müssen weniger um das, was gerade in

Karlsruhe auszurichten wäre, als zur Geltendmachung des Prinzips der künstlerischen Leitung. Und das ist der Punkt, denn so wie hier Dicht, Minister und Käse, Schauspieler und Publikum einem die Hände entgegenstrecken, darf man da ausweichen, weil man lieber wo anders wohnt? Gütig, das nicht die historische Forderung des Momentes ganz erkennen? Man sagt mir, die Tatsache meiner Direktion werde in ganz Deutschland wirken, auch ohne daß man nur wolle was ich ausrichte, ich sei nun einmal die erste anerkannte Theaterintelligenz geworden. Wenn ich so ansehe, was in diesem unteren Winkel von Deutschland mein Name gilt, so möchte ich das alles nicht für bloße Schmeichelei halten, um so mehr bin ich aber gezwungen, nachzugeben. . . .

Badisch-pfälzischer Volksbühnentag. Kürzlich fand in Offenburg die 2. Jahresversammlung der badischen und pfälzischen kulturellen Theatergemeinden statt. Adolf Gieseler sprach einleitend über badische Volkskultur, unter besonderer Berücksichtigung des Ortenauer Mummenschanzes, welchem sich das nord-dramatische Volk bereinst. Freibühne der Stadt“ geschaffen habe. Hans v. Jwehl-Frankfurt erläuterte die Aufgaben der heutigen Volksbühne, für deren besten Pflichten und modernen Spielplan der Verband in Verbindung mit dem Volke eintrete. Dr. Straub-Offenburg erklärte für das Kunstprogramm des Verbandes, das jede parteipolitische und konfessionelle Färbung ablehnt. Frau Kammherren und Frau Hirscher traten für Ausdehnung der kulturellen Arbeit sowohl in Mannheim wie in der Pfalz ein. Bogner Weinheim belegte an dem dort Erreichten die wichtigsten kleinen Orten, während Meißner-Karlsruhe das Interesse der kampfbereiten Bevölkerung betonte. Meusel-Weinheim protestierte gegen die Indulgenz, die in Weinheim sogar an der Aufführung von Wildgans „Armut“ Anstoß genommen habe. Schramm-Freiburg i. Br. stellte fest, daß die dortige freie Volksbühne ganz besondere Erfolge erreicht habe. Intendant Dr. Krüger-Freiburg sagte weitere Förderung der badisch-pfälzischen Volksbühne, daß die dortige Volksbühne mehr reud der Pfalzheim Theaterkrise ihre Lebensfähigkeit erhalten habe. Der Kassenbericht ergab, daß die finanzielle Lage der Volksbühnen die Verbreitung der Theaterkultur gestatt. Zum Vorort für Baden-Pfalz wurde Mannheim (1. Vorsitz) der Dr. Fuld-freie Volksbühne, M. Ba) wiedergewählt. In den Verwaltungsrat wurden Karlsruhe, Pfalzheim, Freiburg Weinheim und Ludwigshafen delegiert.

Zeitschriftenschau

„Die Kunst“ Monatshefte für freie und angewandte Kunst (J. Brudmann A.-G. München, Preis für das Vierteljahr 6.—) beginnt mit dem sechsten ausgegebenen Oktoberheft ihren neuen Jahrgang. Wie es dem Prinzip der Zeitschrift entspricht, bietet das Heft in anregender Abwechslung ein sinnvoller Komposition Werke älterer, neuer und neuester Kunst aus allen Gebieten des weiten Reiches freien und angewandten Kunstschaffens. Malerei, Plastik, Graphik, Architektur, Kunsthandwerk zieht die Zeitschrift gleichermäßen in ihren Interessenzkreis. Zu ausgezeichneten, allgemein verständlich geschriebenen Aufsätzen hervorragender Fachmänner bringt „Die Kunst“ besonders schöne Reproduktionen von Kunstwerken, z. T. in Vierfarbendruck und anderen edlen technischen Wiedergaben. Eindrucksvoll zieht diesmal die russische Malerei der letzten hundert Jahre vorbei, von Rembrandt und Raffine bis zu Caspary und Schenck. In plastischer Gegenfah dazu steht der Überblick über die Malerei des Schweiz von Püßli bis zu Martin Landberg im Rahmen eines reichillustrierten Aufsatzes über die Große Schweizer Kunstausstellung in Karlsruhe.